

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,40 M. x Buchhändler-Schlüsselzahl. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 7528. Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus), Aufgang Boder C. — Tel. 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte Spalte Kleinzeile 0,20 M. x Buchhändler-Schlüsselzahl. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 42/43

Sonnabend, den 27. Oktober 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Gesperrt:

In Fürstentum die Firma Deplag * n. Co. In Jannowitz (Kriegsgeb.) der Betrieb der Firma Karl Wächle-Striegau. In Windisch-Eichenbach der Steinbruchbetrieb der Firma Frick Binder. In Augsburg Firma Kircher. In Rammünz (Baden) Firma Koch. In Seitenberg (Kr. Glash.) Deutsche Steinindustrie-Spezialwerke. Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre von Geestemünde-Walsdorf-Behe, vom Granitwerk Firma K. Kiefer, Baden-Baden (Betrieb Warhaft).

Die Gewerkschaften und Wirtschaftsnot.

Im Reichsparlament hat die „neue“ Regierung Stresemann die gewünschten Vollmachten bekommen. Durch das Ermächtigungsgesetz hat sie die Berechtigung erhalten:

„die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialem Gebiete für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterhaltungen der Versicherten und Rentenempfänger, der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.“

Daß die Regelung der Arbeitszeit, die Renten und Unterhaltungen nicht dem Ermächtigungsgesetz unterliegen, ist ein Erfolg der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Nur so kam die große Koalition wieder zustande. Aber trotzdem geht die Ermächtigung auf sozialem Gebiete noch immer weit genug. Das zeigen zwei in der Vorwoche erlassene Verordnungen, von der die eine die Verordnungen über Betriebsstilllegungen und Betriebsabbrüche vom 8. November 1920 und über Arbeitsstretungen vom 12. Februar 1920 ändert, während die andere bestimmt, wie die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung aufzubringen sind. Es wird also entgegen den berechtigten Wünschen der Arbeiter damit begonnen, die Staatsfinanzen zu sanieren, indem den Arbeitern neue Lasten aufgelegt werden, während der Entlassungsschutz abgebaut wird.

In einer gemeinsamen Bundesauschussung haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in der Lage Stellung genommen. Die Sitzung tagte am 18. Oktober im Sitzungssaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Tarnow sprach über die allgemeine Wirtschafts- und Ernährungslage. Schweizer über die Währungsreform. Ihre Auffassung, die die Ausschüsse teilten, kommt in folgender Entschliessung zum Ausdruck:

Im Namen des arbeitenden Volks erklären die verammelten Ausschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß die Not der breiten Massen einen Grad erreicht hat, der nicht mehr ertragen werden kann. Große Massen Arbeitsloser und Kurzarbeiter sind der Verzweiflung überliefert. Die Löhne der noch Arbeitenden sind auf ein Maß herabgedrückt, das zum nackten Leben nicht mehr ausreicht. Im wilden Tumult überfüllen sich die Preise und überschreiten den Weltmarktstand. Die völlige Desorganisation der Wirtschaft stürzt das deutsche Volk in den Abgrund. Unverantwortliche Kräfte sind offen und verstockt am Werke, um die Republik zu zerschlagen, die Reichseinheit zu zerstören und die wirtschaftliche und politische Diktatur gegen die Mehrheit des Volkes zu errichten.

Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Zwangsopfer des Bestehenden, muß sofort herbeigeführt werden. Nur auf der Grundlage einer festen Währung kann auch die allgemein als notwendig anerkannte höhere Leistung des Produktionsapparats — unter Ausschaltung aller parasitären Wucherungen, die heute am Ertrag der nationalen Arbeit zehren — erreicht werden. Die Bundesauschüsse fordern deshalb die schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Eine Zwischenlösung ist für die Arbeitnehmer nur tragbar, wenn damit gleichzeitig der Zustand beseitigt wird, daß die Warenpreise nach einer festen Goldwährung berechnet, die Löhne und Gehälter aber in einer Währung bezahlt werden, deren Kaufkraft täglich und stündlich sinkt. Unverzüglich müssen Preise und Löhne auf die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden.

Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Zeit die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Notenpresse stillzulegen. Rückstandslos finanzpolitische Maßnahmen sind dazu erforderlich. Es genügt nicht, bestehende Steuern wertbeständig einzuführen, vielmehr müssen weitere starke Abgaben vom Besitz erhoben werden. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Forderung, an diesem Zweck eine Erfassung von Sachwerten und die unmittelbare Beteiligung des Reichs an den Gewinnen der Wirtschaft durchzuführen.

Die Verammelten sind sich bewußt, daß eine dauernde Stabilisierung der Währung und Ordnung der öffentlichen Finanzen nicht erreicht werden kann ohne Gesundung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften verlassen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation. Dem entgegen steht aber der Egoismus des Unternehmertums, der sich auswirkt in maßlosen Preisausschreitungen und seinen sinnfälligsten Ausdruck gefunden hat in der schamlosen Preisdiktatur der Kartelle. Die rücksichtslose Zerschlagung dieser gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangswirtschaft, die Beschränkung des hemmungslosen Gewinntriebs, die Erzwingung eines erheblichen Preisabbaues und damit Stärkung der Konsumkraft sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiederaufbauung. Die Unternehmer versuchen, die eigene Schuld und Unfähigkeit in der Führung der Wirtschaft überzeitlich notwendig ist, sind die Gewerkschaften und den Achtundentag. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft setzt dem Versuch, den geschlichen Achtundentag zu besitzigen, nach wie vor entschlossenen Widerstand entgegen in der Gewissheit, daß bei einer vernünftigen Ordnung der Wirtschaft im Rahmen des Achtundentags eine aus-

reichende Produktion möglich ist. Soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Überzeitlichkeit notwendig ist, sind die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Im Namen der hungernden Massen fordern die Gewerkschaften von der Regierung sofortige Maßnahmen zur Behebung der Lebensmittelnot. Alle Mittel der Staatsgewalt müssen eingesetzt werden, um zu verhindern, daß das Volk bei vollen Scheunen verhungert. Erfassung der Ernte, schärfste Strafen für Zurückhaltung und Wucher mit Lebensmitteln müssen unverzüglich angeordnet werden, um ausreichende Mengen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen. Um vor Eintritt der Frostperiode die Eindeckung mit Wintervorräten zu ermöglichen, fordern die Gewerkschaften Kreditabkommen mit solidarischer Haftung des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes.

In die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft richten die Verammelten die Mahnung zur Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin. Der politische, wirtschaftliche und soziale Generalangriff gegen die Arbeiterschaft kann erfolgreich nur abgewehrt werden durch deren geschlossene Front. Der von den drei Spitzenverbänden eingesezte Aktionsauschuss übernimmt die Führung dieses Abwehrkampfes.

In der Sitzung nahm auch der Arbeitsminister Dr. Brauns das Wort. Er erklärte, daß die Regierung die Auffassung der Gewerkschaften über die Not des Volkes teile. Sie denke nicht daran, das Ermächtigungsgesetz einseitig gegen die Arbeiter zu gebrauchen, sie werde mit großer Entschiedenheit gegen die Unternehmertätigkeit und damit gegen den Preiswucher vorgehen. Daß das eine Gesetz rascher herauskomme als das andre, liege an der Art des Stoffes. Die Regierung denke nicht daran, die Rechtslage der Arbeiter auf den Stand der Vorkriegszeit herabzudrücken.

So ruhig die Ausschussung auch verlief, sie läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Gewerkschaften auf dem Posten sind, was besonders auch darin zum Ausdruck kommt, daß sie einen Aktionsauschuss mit weitgehenden Vollmachten eingesetzt haben. Aber das darf die Arbeitnehmer nicht abhalten, die Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen. Auch die Gewerkschaften können nicht alles, wie so häufig gesagt wird.

Das Referat des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbands — Fritz Tarnow — in der gemeinsamen Bundesauschussung verdient weiten Kreisen der Gewerkschaften zugänglich gemacht zu werden. Tarnow betonte einleitend, daß die jetzigen Verhältnisse die Grenze des Erträglichsten bei weitem überstiegen. Niemals seien die breiten Massen so von allem Lebensnotwendigen entblößt gewesen wie jetzt. Hinter den sich überschlagenden Preisen trüben die Löhne im Schneltempo hinterdrein. Dieser Zustand müsse die Massen zur Verzweiflung treiben. Die Hungerrevolten der letzten Tage seien nur ein Anfang und würden sich, wenn nicht bald Abhilfe komme, zu einer Hungerrevolte größten Stils mit ihren größten inner- und außenpolitischen Folgen auswachen. Angesichts dieses Chaos müsse man die Frage nach der Verantwortlichkeit für diesen Zusammenbruch stellen. Die Gewerkschaften hätten die Mitverantwortung für die Führung der Wirtschaft abgelehnt, sie seien aber mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen, die Wirtschaft sei freier geblieben. Die Folge davon sei die Tatsache, daß sie immer tiefer in den Abgrund gelaufen sei. Deshalb müssen die Gewerkschaften heute auch die Verantwortung für diese Zustände ruhig ablehnen. Die Industriekapitäne bis zum letzten Handwerksunteroffizier haben in der Führung der Wirtschaft versagt! Statt des organisierten Zusammenwirkens der Wirtschaft ist eine völlige Desorganisation eingetreten, ein Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen Interessengruppen. Betrug, Schwindel, Nepp, Erpressung, das sind die Uebelheiten, mit denen man sich heute gegenseitig kein Geschäftsgeschäften betreibt, die Wirtschaft geht dabei zugrunde und die Massen hungern. Aber anstatt ihr Verlagen zuzugeben, machen jetzt die Arbeiter die Arbeiter für den Zusammenbruch der Wirtschaft verantwortlich. Die hohen Löhne und die verringerte Arbeitszeit sollen die Schuld tragen.

Am Hand statistischer Unterlagen weist der Redner dann nach, daß der angeblich so hohe Lohn der Arbeiterschaft weit vom Reallohn der Vorkriegszeit, wie auch vom sogenannten Goldlohn entfernt sei. In der ganzen Welt gäbe es keine Arbeiterschaft, die auf einer so tiefen Stufe des Reallohns stände, wie die deutsche Arbeiterschaft. Der Redner führte als Beispiel die Löhne der Holzarbeiter in der Provinz Brandenburg an, die in der letzten Woche einen Lohn von einer Milliarde gleich zwei Broten erhalten haben. Weiter beschäftigte sich der Redner mit der Frage der Arbeitszeit.

Unbestritten sei die Gesamtleistung der Wirtschaft zurückgegangen, aber dabei sei noch nicht die Hälfte der Arbeitszeit, wie die Arbeiter freiwillig zugestehen wollen, heute voll ausgenutzt. Die Gewerkschaften hätten selbst das größte Interesse daran, daß die Produktion auf das höchste Maß gebracht wird. Zur Frage der Arbeitszeit führte der Redner weiter aus, daß in einer solchen Wirtschaft kein outer Reallohn vorhanden sein kann. Deshalb sei es nötig, die Wirtschaft so auszustatten, daß sie ihren sozialen und anderen Verpflichtungen nachkommen könne. Die Gewerkschaften müßten sich jedoch gegen den Vorwurf verwahren, daß eine Minderleistung der Arbeiter den wirtschaftlichen Rückgang verschuldet habe. Untersuchungen auch von neutraler Seite hätten gezeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit ausreicht und sogar überschritten worden sei. Verwunderlich wäre es nicht, wenn in diesen Zeiten der Not Arbeiter mit ihrem Einkommen von 3 bis 4 Goldmark nicht mehr imstande seien, die alten Leistungen zu erzielen. Es müsse betont werden, daß vor allem die Arbeitgeber sich von der Produktion abwendet und dafür der Spekulation sich zugewandt hätten. Durch die viel leichtere Gewinne zu erzielen. Auch andere Gründe für den Rückgang der Produktion seien makoachend, so die unfruchtbare, täglich sich wiederholende Arbeit der Restrukturierung und Restrukturierung bei jeder Schwankung der verfallenen Währung. Notwendig sei hier Umgruppierung der Erwerbstätigen und notwendig Hilfe für alle die, die ihre Arbeit verlohnen anbieten. Diesen Standpunkt müssen die Gewerkschaften besonders betonen, wie gegenüber der Einstellung des Unternehmertums, das die Kräfte der Verelendung anheimfallen lassen will, die sich augenblicklich nicht in den Produktionsprozess einleiten lassen. Die Regierung, so erklärte der Redner, scheint sich diesen Reklamationen der Arbeitgeber nicht entgegenstellen zu wollen. (Zuruf: Das ist so!) Wir warnen die Re-

gierung, auf diesem Wege fortzufahren und die Regeln der wirtschaftlichen Vernunft außer acht zu lassen. Während früher es wirtschaftliche Vernunft war, möglichst viel zu produzieren, ist es heute für den Arbeitgeber profitabler, seinen Betrieb zu schließen und damit der Substanzverminderung vorzubeugen. Wir lehnen es nicht ab, dort, wo keine anderen Möglichkeiten der Produktionssteigerung vorhanden sind, einer Arbeitserhöhung zuzustimmen. Aber die Arbeiter müssen dem freiwillig beipflichten. Ob es Herrn Stinnes mit einer diktatorisch längeren Arbeitszeit auch gelingen wird, die Leistung heraufzusetzen, ist eine Frage, die seine Arbeiter beantworten müssen, und sie werden es sicherlich so tun, daß auch Herr Stinnes auf den Boden der wirtschaftlichen Vernunft sich zurückfindet. Der Ruf nach verlängerter Arbeitszeit, den man bis in die Reihen des sonst ganz vernünftigen Bürgertums findet, bedeutet eine Gefahr für die Arbeiterschaft. Notwendig ist, die Kaufkraft der Masse zu heben. Die neue Währung bringt uns noch keine neue Lohnregulierung; dazu brauchen wir die Hilfe der Regierung.

Tarnow schilderte dann weiter die Zunahme der unproduktiven Tätigkeit. Der Handel habe im Verhältnis zur Produktion einen viel zu großen Umfang angenommen. Die Banken sind aufgebläht und die Behörden gebrauchen vermehrtes Personal, als Folge der ganzen Verhältnisse, die zum Leerlauf der Wirtschaft führen. Wieviel Marken werden heute gefleht und wieviel Zeit wird verbraucht, das Papiergeld zu zählen! Die Auffassung wäre jedoch falsch, wollten wir sagen, es seien noch viel weniger Arbeitskräfte in der Wirtschaft notwendig, noch geringere Arbeitszeit, wenn all diese unproduktive Arbeit nicht geleistet werde.

Die Wirtschaft soll nach den Regeln der wirtschaftlichen Vernunft geordnet werden. Sollen aber erst 20 000 Arbeitnehmer verhungern, damit 40 000 beschäftigt werden können, dann zum Teufel mit dieser Wirtschaft! Anstatt der Ausstoßung von Arbeitskräften müsse ihre Umgruppierung erfolgen. Es gehe nicht an, diejenigen Arbeitskräfte dem Elend preiszugeben, die die Wirtschaft augenblicklich nicht zu benötigen glaube. Nach der Darstellung der Unternehmer sind nur die Arbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen und an dem Rückgang der Wirtschaft schuld. Diese Auffassung muß entschieden zurückgewiesen werden. Im Rahmen des Achtundentags sind Arbeitskräfte genug vorhanden. In der Wirtschaft sind noch zahllose produktive Kraftquellen vorhanden, die brachliegen. Bevor man die menschliche Arbeitskraft härter belastet, müssen diese natürlichen Kräfte in den Dienst der Produktion gestellt werden. Allein die Wirtschaft verkauft heute, weil eine feste Währung fehlt. Notwendig ist die Zerschlagung der Preis-konzentrationen, die Beherrschung des Lebensmittelwuchers und die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen. Bekommen wir jetzt eine neue Währung, dann muß sofort auch die Preis- und Lohnregelung auf eine gleichgeartete Wertbeständigkeit gebracht werden. Die Arbeiterschaft ist heute nicht in der Lage, sich Brot, Kartoffeln und Kohlen zu beschaffen. Man muß eigentlich den Mut bewundern, mit dem die Regierung die Brotversorgung aufhebt.

Es kommt uns jedoch nicht darauf an, hier Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben, aber die Frage muß doch beantwortet werden: Was gedenkt die Regierung zu tun? Hier liegt eine Aufgabe für sie vor, die mit Hilfe der Industrie und der Landwirtschaft gelöst werden muß. Insbesondere der Ernährungsminister hat hier recht viel Arbeit. Es sei zu hoffen, daß weit mehr als in der Öffentlichkeit bekannt wird, was in seinem Ressort geschieht. Dennoch sei es gut, wenn in der Öffentlichkeit einmal bekannt wird, was der Ernährungsminister tut, um die Ernährungsnot zu beheben. Notwendig sei jedenfalls eine größere Aktivität auf diesem Gebiete. Auch für uns. Bei alledem gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren. Die Stimmung der Massen geht dahin: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Sollen wir langsam aber sicher verhungern oder alles zusammenschlagen, solange wir noch die Kraft haben? Es ist bequemer, mit diesem Strome der Stimmung zu schwimmen, jedoch notwendig, sich ihm entgegenzustellen. Solange noch ein Funke von Hoffnung besteht, solange dürfen wir die Linie nicht ins Korn werfen. Die bisherige Aktivität der Regierung hat sich leider nach einer andern Richtung hin entwickelt. Sie will die sozialen Arbeitsrechte beschneiden gegen das Versprechen, nun auch die besitzenden Klassen zu belasten. Aber die wertbeständigen Steuern, die jetzt die Besitzenden endlich leisten sollen, und die wir Lohn- und Gehaltsempfänger schon seit Jahren leisten müssen, sind wirklich kein Opfer der Besitzenden. Keine Schicht der Bevölkerung bildet eine so treue Stütze der Republik und der Staatseinheit, als die Arbeiterschaft. Die Regierung müßte schon einigen Wert darauf legen, daß ihr diese Stütze erhalten bleibt. Genosse Tarnow erinnerte an die Sage, die der Vorwärts am Montagabend in Erinnerung brachte: von der Hungersnot in einem großen Lande, der dessen Herrscher durch die Antündigung begegnete, für jeden Armen, der im Lande verhungert, zehn von den Großen des Landes hängen zu lassen.

Es muß schon etwas Positives geschehen in der Belastung des Besitzes. Darum kommen wir nicht herum. Die Regierung muß nicht erst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, sondern schon auf Grund der Verfassung das tun, was jetzt zu tun notwendig ist.

Der „Goldstand“ der Warenpreise.

Die Tatsache, daß fast der gesamte Handel im weitesten Sinne des Wortes und ihm vorausgehend sämtliche Fabrikanten, Handwerkermeister und natürlich auch die landwirtschaftlichen Produzenten ihre Warenpreise auf Goldmarkberechnung einstellen, hat den Lohn- und Gehaltsempfängern und selbstverständlich in erster Linie allen Unterstützungsempfängern jeden festen Boden in der Lebenseristenz fortgezogen. Die Papiermark als Zahlungsmittel verflüchtigt sich immer mehr, die benötigten Mengen von Papiergeld werden vom Arbeitsvolk nicht verdient! Wo man hinschaut in seinem täglichen Kampf ums Dasein, sei es staatlicher oder städtischer Behörde, Gas- oder Elektrizitätsberechnung, seien es selbständige Bäcker, Schuster, Schneider, sei es der Grünhölzer, Textilwaren-, Kohlen- oder Seifenhändler, alles rechnet mehr oder minder verblümt nach Goldmark und zieht dadurch dem konsumierenden Publikum fast-schmerzhaft das Fell über die Ohren. Das ist ein Zustand, der mit Moralpredigten und Gesesammaßnahmen, auch nicht mit Faustschlägen zu bannen ist. Die in Frage kommenden Kreise, die sich auf die Goldmarkberechnung stützen, würden sich auch gar nicht darum kümmern, sie folgen einfach bewußt und unbewußt den kap-

talistisch-wirtschaftlichen ungeschriebenen Gesetzen. Diese ergeben sich ganz von selbst, sie werden diktiert von geschäftlichen und persönlichen Selbsterhaltungstrieb. Das egoistische Bereicherungsmotiv der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist vorher kaum so sinnfällig uns vor Augen getreten wie in dem jetzigen Kreislauf unserer immer elender werdenden Lebenshaltung, angetrieben von der Inflation. Die ganze Wucht trifft immer die besitzlose Bevölkerungsschicht, jene Schicht, die sich nur durch Verkauf ihrer Arbeitskraft über Wasser hält. Ihr bleibt auch in dieser Situation nur die eine Möglichkeit, ihre Einnahme der entsetzlichen Teuerung anzupassen suchen. Das ist eine Art Sisyphusarbeit, die trotzdem immer wieder von neuem unternommen werden muß. Wenn hier nicht in absehbarer Zeit bis zur endgültigen Einführung der sogenannten Goldnote, die neue Zwischenwährung (Rentenmark) bessernd und regulierend, vor allen Dingen stabil wirkt, dann wird es für die deutsche Wirtschaft und besonders für die Lohn-, Gehalts- und Unterhaltungsempfänger einfach katastrophal.

Die Reichsindexziffer wies in der Woche vom 8. bis 15. Oktober eine Steigerung gegenüber der Vorwoche von 534,2 Prozent auf und in der Woche vom 15. bis 22. Oktober wird noch einmal eine ähnliche Steigerung errechnet werden. Wenn sich in einer Woche die Lebenshaltung um das Sechseinhalbfache verteuert, dann muß die Vernunft und ruhige Ueberlegung in die Binsen gehen. Man braucht sich deshalb über Unruhen, Plünderungen und sonstiger Selbsthilfe der erwerbs- und mittellosen Schichten durchaus nicht entristen, ja man muß sich nur wundern, daß trotz aller Not noch sozial Hungernde und sonst Entbehrende in Deutschland die Vernunft bewahren und die Hoffnung für die Zukunft nicht verlieren.

Die Löhne sind dieser sich überstürzenden Teuerungswelle auch nicht annähernd gefolgt. Wenn der industrielle Absatz und damit die Beschäftigung der Industrie nicht zum Erliegen kommen sollen, muß durch eine erhebliche Erhöhung der Löhne die gewaltige Spanne zwischen Kaufkraft und Preisen ausgeglichen werden. Sonst kann niemand mehr kaufen.

Wie katastrophal sich die Verhältnisse gerade in den letzten Tagen gestaltet haben, ist in den Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände eindringlich dargelegt worden. Die Arbeiterschaft erhält ihren Lohn bis zum Freitag oder Sonnabend dort, wo Indexlöhne vereinbart sind, nach dem Stand der vergangenen Woche. Kaufen kann sie dafür nach dem amtlichen Index bereits seit Montag noch nicht den sechsten Teil der Waren, deren Preisgestaltung bei der Lohnfestsetzung eine Rolle gespielt hatte. So geht es denen, die voll arbeiten konnten! Noch viel grauenvoller ist die Verelendung der ständig zunehmenden Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die ihres Rechts auf Arbeit beraubt sind. Die Indexziffer ist so eine amtliche Bestätigung der traurigen Erfahrungen, die jeder einzelne Verbraucher in den letzten Tagen gemacht hat. Die amtlichen Stellen werden daraus die gebotenen Konsequenzen ziehen müssen. Die Steigerung des Dollarkurses hat die Preise vieler Lebensmittel und anderer unentbehrlicher Waren wieder automatisch in die Höhe getrieben. Der Index, der jetzt den Lohnverhandlungen zugrunde gelegt wird, ist also bereits am dem Tage seines Bekanntwerdens veraltet. Die Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, jetzt mehr als je darauf zu dringen, daß ihr in der Kaufkraft so gesunkener Lohn wirklich wertbeständig gestaltet werde. Eine absolute Sicherheit ist dafür selbst dann nicht gegeben, wenn die neue Zwischenwährung, die Rentenmark, in Kraft tritt, auch wenn man von diesem Zahlungsmittel wenigstens für einige Zeit eine größere Wertbeständigkeit erwarten darf. Nachdem der Staat seine Steuern nach Goldwert erhebt, nachdem die Privatindustrie seit langem Goldpreise nimmt, wird man jetzt endlich den Schritt zu Goldlöhnen machen und deren Höhe in derselben Weise dem Dollarkurs anpassen müssen, wie jetzt die Kosten der Lebenshaltung täglich emporzuschwellen.

Ueber den „Goldstand“ der Warenpreise sind vielfach recht falsche Auffassungen im Umlauf, so wird z. B. die Preislage vor dem Kriege häufig als das natürliche Goldniveau der Warenpreise, das Uebersteigen der Friedenspreise als Wucher und das Unterschreiten als Substanzverlust bezeichnet. Tatsächlich wird das Goldniveau in der Hauptsache nach der Preislage der zu verarbeitenden Rohstoffe und der sonstigen Verarbeitungskosten, weniger von den direkten Arbeitskosten orientiert. Wir lasen in einer neueren Statistik über Fertigerzeugnisse, daß 80,6 Prozent für die Industrie- und 19,4 Prozent für Arbeitskosten in Frage kommen. Diese Ziffern belegen die vorhergehende Behauptung, daß die Warenpreise in ihrem Goldstand in erster Linie von den Rohstoffpreisen abhängen. Für den Kohlenbergbau und für die Steinindustrie treffen die genannten Ziffern nicht zu, da dürfte es vielleicht umgekehrt liegen.

Wie nun in den grundlegenden Rohstoffen der Goldstand der Warenpreise im Vergleich zur Vorkriegszeit sich nach oben entwickelt hat, dafür nachstehend einige Angaben aus sachkundigen Kreisen: Mitte September kosteten Steinkohlen in Goldmark das 2,34fache, Roheisen das 1,56fache und Stabeisen das 1,92fache der Friedenspreise. Dementsprechend stehen auch die in Goldmark kalkulierten Preise, namentlich derjenigen Eisenwaren, bei denen der Anteil der Verarbeitung verhältnismäßig zurücktritt, auf dem zwei- bis dreifachen ihres Friedensstandes; und zwar kosteten ein Pflug, der im Jahre 1914 für 68 Mk. zu haben war, Mitte September dieses Jahres 136 Goldmark, ferner ein Amboss vor dem Kriege 115 Mk., jetzt 266,75 Goldmark, eine Säge 1,80 Mk., jetzt 3,60 Goldmark, wogegen der Preis einer Nähmaschine, also einer Fertigware mit höherem Arbeitsanteil, von 190 Mk. auf 252 Goldmark oder um 33 v. H. gegen den Friedensstand gestiegen ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Textilien. Der Preis der Baumwolle, der im wesentlichen durch die amerikanischen und englischen Notierungen bestimmt wird, steht Mitte September auf dem 2,43fachen, derjenigen für Wolle auf dem 1,82fachen und für Flachsauf dem 1,99fachen des Friedensstandes. Dementsprechend sind die in Goldmark kalkulierten Preise z. B. für ein Damenhemd von 1,25 Mark in der Friedenszeit auf 2,60 Goldmark Mitte September oder auf das 2,1fache, ferner für ein Chemisierstück von 12 Mk. auf 31,88 Goldmark oder auf das 2,7fache, für einen Herrenanzug von 22 Mk. auf 37,50 Goldmark oder das 1,7fache und für eine Arbeiterhose von 2 Mk. auf 4,20 Goldmark oder auf das 2,1fache des Friedensstandes gestiegen. Umgekehrt ist der Preis für Radiergummi (1 Pfund) entsprechend den gesunkenen Preisen für Kaufkraft von 2,25 Mk. auf 1,10 Goldmark oder um 51 v. H. zurückgegangen.

Die in Goldmark umgerechneten Lebensmittelpreise im Einzelhandel erscheinen entsprechend dem gegenüber dem Friedensstand in ihrem Goldniveau etwa um 10 v. H. (Gerste) bis 53 v. H. (Kroggen) gesunkenen Getreidepreisen billiger als in der Vorkriegszeit. So ist der Preis für ein Pfund Weizenmehl von 0,20 Mk. auf 0,13 Goldmark oder um 35 v. H., für ein Pfund Haferflocken von 0,25 Mk. auf 0,12 Goldmark oder um 44 v. H., für ein Pfund Nudeln von 0,40 Mk. auf 0,17 Goldmark oder um 52 v. H. gegen den Vorkriegsstand zurückgegangen. Ähnlich verhalten sich die Preise der Hülsenfrüchte Erbsen, Bohnen, Linsen, ferner auch von Rindfleisch, Schweinefleisch und Margarine, wogegen Schmalz um 7 Goldpfennige (10 v. H.) und Butter um 35 Goldpfennige (13 v. H.) teurer sind als vor dem Kriege.

Im übrigen findet das Goldniveau der Warenpreise seine natürliche Schranke an der allgemeinen Kaufkraft des Geldes, die durch die Warenpreisindexziffern der Goldwährungsänderung angezeigt wird: das Gold ist auf dem Weltmarkte im Stadium der Rohstoffe nach der amerikanischen und englischen Indexziffer etwa um 33 v. H. und im Stadium der Fertigwaren etwa um 40 v. H. entwertet. Mit andern Worten, das Goldniveau der Warenpreise ist auf dem Weltmarkte gegenüber dem Friedensstande im Durchschnitt um 50 v. H., dasjenige der Fertigwaren um 60 bis 70 v. H. gestiegen. Für das deutsche Goldniveau der Warenpreise wird im Durchschnitt gegenwärtig nicht die gleiche Höhe in Anspruch genommen werden können, da bei den Rohstoffen z. B. das Goldniveau der Getreidepreise und bei den Fertigwaren vor allem das-

jenige des Arbeitseinkommens unter dem Friedensgoldniveau liegen. Mit einer etwaigen Aufwertung des Goldniveaus des Arbeitseinkommens wird naturgemäß dasjenige der Warenpreise ebenfalls steigen, und zwar bis zur natürlichen Grenze, die durch die Kaufkraft des Geldes auf dem Weltmarkte gegeben ist. Diese wird von den verbrauchsfertigen Eisenwaren gegenwärtig überschritten: ein Zustand, der nur so lange möglich ist, wie ein Ausgleich des Preisniveaus durch Einfuhr aus dem Auslande nicht herbeigeführt werden kann.

Rundschau.

Zur Arbeitsbeschaffung in der Steinindustrie hat Anfang Oktober der Verbandsvorstand an alle in Frage kommenden Behörden, staatlichen und städtischen Bauämter eine Eingabe gerichtet, die im wesentlichen folgenden Wortlaut hat:

... Aus allen Steinbruchbezirken und vielen Natursteinverarbeitenden Betrieben gehen uns Meldungen über Betriebseinschränkungen und -stillegungen zu. Die Ursachen dieses Niederganges liegen in dem Mangel an Aufträgen, der meistens durch die Zurückhaltung der für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Behörden hervorgerufen wird.

Die ländlichen und städtischen Straßen befinden sich zumeist in äußerst verbesserungsbedürftigem Zustande. Was am Straßenbau gespart wird, rächt sich durch vielfach größeren Verbrauch an Kraft und Material, im gesamten Transportwesen, der schlechte Zustand der Straßen hat eine größere Abnutzung der Transportmittel zur Folge. Die Eisenbahnen benötigen zur Sicherung des Bahnkörpers großer Mengen Schotter; eine Vernachlässigung auf diesem Gebiete bringt den Verkehr in Gefahr.

Trotzdem also Bedarf an Steinen in reichlichem Maße vorhanden ist, liegt die Wegebaugruppe ziemlich brach und droht noch völlig zu erliegen. In der gleichen, wenn nicht in einer noch größeren Notlage als die Wegebaugruppe befinden sich die übrigen Gruppen der weitverzweigten Steinindustrie. Bauten und Denkmäler werden in immer geringerem Umfang aus Naturstein hergestellt, obgleich unser Land so reich an Steinvorkommen ist. Es gibt in Deutschland kaum einen Erwerbszweig, welcher bezüglich des Rohmaterials so unabhängig vom Auslande ist wie die Steinindustrie. Hinzu kommt, daß zur Gewinnung und Bearbeitung der Steine nur wenig andere Betriebsstoffe, zum Beispiel Kohle, notwendig sind. Eine größere Verwendung von Natursteinen würde große Kohlenmengen, welche zur Herstellung von künstlichem Baumaterial erforderlich sind, freimachen für Betriebe und Häuslichkeiten mit notwendigerem Bedarf.

Obgleich wir die allgemeinen finanziellen Schwierigkeiten der staatlichen und kommunalen Verwaltungen durchaus nicht verkennen, sind wir der Ansicht, daß der Steinindustrie geholfen werden könnte, wenn nur der gute Wille hierzu vorhanden wäre; wenigstens leichter als solchen Industrien, deren Rohstoffbeschaffung auch noch mit Schwierigkeiten verknüpft ist.

Um der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie zu begegnen, bitten wir daher, alle geplanten Arbeiten so schnell als möglich zu vergeben und neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Ueber 60 000 Mitglieder unseres Verbandes erwarten ein schnelles Eingreifen der Behörden, damit ihnen die Möglichkeit geboten wird, sich ihren Lebensunterhalt durch Ausübung ihres Berufs zu verdienen, statt der Erwerbslosenfürsorge anheimzufallen.

Die bisher eingelaufenen Antworten der Behörden lassen durchaus deren Bemühungen erkennen, im Sinne unserer Eingabe zu wirken; wo Zurückhaltung geübt wird, ist es die leidige Finanznot im Reich, in den Ländern und Gemeinden; auch die Reparationsleistungen aus der Natursteinindustrie sind bisher noch nicht wieder aufgenommen; dazu sind neue Verständigungen mit Frankreich nötig.

Die rührige Leitung von 2. Gaubezirk (Diegnitz) hat sich bereits vor Wochen für die Wiederbelebung stillgelegter Granit- und Pflastersteinbetriebe mit Erfolg bemüht. In Strehlen, Ströbel und andern schließlichen Steinbruchgebieten gelang es unter anderem, durch Verhandlungen mit der Regierung Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge zu beschaffen, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen. In der Oberlausitz sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Ein Risiko liegt in der Regelung für die Regierungsstellen nicht; denn durch schriftlich fixierte Vereinbarungen ist genau festgelegt, daß die fertigen Steinprodukte nicht nur für den geleisteten Vorstoß haften, sondern beim Absatz auch die Rückzahlungsgewähr sichern. Und wenn irgendwo die produktive Erwerbslosenfürsorge einem praktischen Zwecke nutzbar gemacht werden kann, dann sicher in der Steingewinnung und -bearbeitung für Straßenbau und in diesem selber. Bekanntlich ist ein großer Teil unserer Verkehrsstraßen verlottert; er bedarf dringend der Wiederherstellung, und nichts liegt da näher, als den dazu gehörigen Steinbedarf durch Weiterarbeit mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge in den Steinbrüchen zu ermöglichen. Auch soweit Bau- und Denkmalsarbeiten in Frage stehen, ließe sich mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge für die arbeitslosen Steinarbeiter etwas Greifbares tun. Es würde sicherlich auch nichts schaden, wenn die Unternehmer, denen durch die kolossale Geldentwertung die Betriebsmittel ausgegangen sind, sich mehr mit der Sache beschäftigen würden und gemeinsam mit den von ihnen Beschäftigten eine Lösung suchen, die über die nächsten Wochen hinweghelfen. Die einzelnen Gemeinden, die dabei in Frage kommen, werden sicherlich ihre Mitwirkung nicht versagen.

Steinbrüche aus vorgeschichtlicher Zeit. Im Staate Wyoming gibt es Steinbrüche, die zu den ältesten gehören, die überhaupt bekannt sind. Freilich beginnt die Geschichtsschreibung für Amerika soviel später als für die Alte Welt, daß man als „vorgeschichtliche Zeit“ kein so hohes Altertum zu verstehen braucht, wie es das Zeitalter des vorgeschichtlichen Menschen in Europa bedeutet. Immerhin stammen diese alten Steinbrüche in Wyoming aus der Stufe der älteren Steinzeit, in der also die amerikanische Urvölker schon die Bergbautätigkeit im Tagebau kannte. Der Boden ist in jenem Gebiet aus einem schönen Sandstein gebildet, dessen Farbe lebhaft wechselt von weiß zu hellrot, von dunkelrot bis beinahe zu schwarz. Der Sandstein ist so feinkörnig und so leicht zu schneiden, daß man mit einem guten Werkzeug in wenigen Minuten ein hübsches Gerät aus dem Stein herstellen kann. Nicht weniger als 19 alte Steinbrüche verschiedener Art lassen sich in dem genannten Gebiet unterscheiden. Sie sind von verschiedener Ausdehnung und verschiedener Tiefe, bald als flache, weitgedehnte Mulden, bald als Schächte von sieben und mehr Meter Tiefe, bald sogar in Form von Tunneln. Streng genommen war das also schon kein Tagebau mehr, sondern richtiger Bergbau. Auch scheint die Arbeit planmäßig betrieben worden zu sein und nicht nach der Art, wie die Indianer gewöhnlich den Stein zur Verfertigung ihrer Geräte losbrechen. Die Schöpfer dieser Steinbrüche haben in einer großen Anzahl von Geräten Reste ihrer Kunstfertigkeit zurückgelassen, aus deren roher Form und unbeholfener Bearbeitung hervorgeht, daß es sich um Menschen von sehr niedriger Kulturstufe gehandelt haben muß. So fand man Hämmer und Schlegel, Speerspitzen, Schabbeisen, Äxte und Ambosse. Besonders die Äxte deuten durch ihre ungemein primitive Gestaltung auf ein sehr hohes Alter hin. Wohnplätze oder Begräbnisplätze dieser Urmenchen hat man in der Gegend der Steinbrüche leider niemals auffinden können. Die Arbeitsleistung in den Brüchen muß ungemein groß gewesen sein; schätzungsweise wurden Hunderttausende, wenn nicht Millionen Tonnen von Gestein losgebrochen.

Wenn diese Urmenchen überhaupt Vorfahren der späteren Indianer waren, so können sie diesen in einem wesentlichen Punkt nicht ähnlich gewesen sein; denn sie müssen jahrhundertlang fleißig gearbeitet haben, um mit ihren unbeholfenen Hilfsmitteln einen so gewaltigen Bergbau zu betreiben. Wer sie waren, welcher

Rasse sie angehörten, wird man wohl nie erfahren. Sollten die Indianer von jenem Urvolk abstammen, so haben sie sich jedenfalls sehr zu ihrem Nachteil verändert. Denn die Indianer wären zu einem solchen Riesenwerk nie imstande gewesen.

Ausweisung des Bezirksleiters Jakob Gras aus dem besetzten Gebiet (Pfalz). Am 26. September wurde unser Kollege, der als besetzter Bezirksleiter im Rommelsbacher Steinbruchgebiet tätig war, kurzerhand verhaftet und per Auto abtransportiert. Es wurde ihm nicht gestattet, sich mit seiner Frau und seinen sechs Kindern irgendwie zu verständigen. Gras ist augenblicklich in Gundelsheim (Württemberg) wohnhaft. Die brutalen Maßnahmen der Besatzungsbehörden sichern ihm, wie allen Ausgewiesenen, unsere größte Sympathie; wir hoffen, daß er recht bald in seinen alten Wirkungskreis zurückkehren kann.

Auswanderung als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist in England zu einer dauernden Erscheinung geworden. Kleine Heilmittel werden zu ihrer Linderung versucht, die aber nicht ausreichen. Nun greift der Staat zum angeblich wirksamsten Mittel: die überflüssigen Arbeiter sollen in die Kolonien auswandern. Im Jahre 1922 stand bereits die Auswanderung aus England unter sämtlichen europäischen Staaten an erster Stelle. Der Staat bezahlt die Reisekosten der Auswanderer. Die Auswanderung richtet sich in erster Linie nach Australien. Nun wird aber die Frage einer zwangsweisen Auswanderung erwogen, der zufolge Arbeiter durch ein Gesetz zum Verlassen ihres Landes gezwungen werden können. Der Plan begegnet heftigem Widerspruch. Die Industriellen besonders in der Maschinenindustrie befürchten den Verlust an geschulten Arbeitskräften, die an der Auswanderung in erster Linie beteiligt sind. Schon der Gedanke, daß im „Land der Freiheit“ Arbeiter zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden sollen, ist ein charakteristisches Zeichen für den Wandel der Zeit.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der „Steinarbeiter“ kann nur durch die Post bezogen werden; ein Sonderverband von der Zentrale findet nicht mehr statt.

Am 27. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag fällig!

Beitragsmarken mit dem Wert unter 100 Millionen Mark werden nicht mehr verandt. Die Beitragsstaffel von 100 bis 200 Millionen beträgt je 10, von 200 bis 300 Millionen je 20 und über 300 Millionen Mark ist die Staffel je 50 Millionen Mark.

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes und des Verbandsausschusses wird die Erwerbslosenunterstützung und der Erwerbslosenbeitrag mit der 44. Woche bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Von der 45. Woche ab dürfen also weder Erwerbslosenunterstützungen (Kranken- und Arbeitslosenunterstützung) ausbezahlt noch Erwerbslosenbeiträge erhoben werden. Die Quittungsfelder im Verbandsbuch bzw. in der Karte werden im Falle der Erwerbslosigkeit entweder mit krank, arbeitslos oder mit dem bloßen Beitragsmarktenstempel abgestempelt.

Von der 100 000-Mk.-Ertaxenmarkte müssen von der 34. bis zur 44. Woche im ganzen mindestens 11 Stück geklebt sein, alsdann wird bis auf weiteres von der Erhebung einer Ertaxenmarkte abgesehen. Um so mehr muß jedoch auf die reelle Abführung des wirklichen Stundenlohns gedrungen werden.

Von den Beitragsmarkten bleiben auch weiterhin 10 Prozent am Ort. Reichen diese mit dem örtlichen Zuschlag nicht für die örtliche Verwaltung aus, so ist der Ortszuschlag entsprechend zu erhöhen.

Die Streikunterstützung bleibt unverändert. Das Sterbegeld bleibt ebenfalls bestehen, doch wird den Ortskassierern anheimgestellt, in solchen Fällen, in denen das Port o mehr ausmacht als das Sterbegeld, den Hinterbliebenen von Verstorbenen lieber dieses auszugeben, und wegen den entstehenden hohen Unkosten auf die statutengemäße Unterstützung zu verzichten.

Adressenänderungen.

1. G a u. Stade. Vorl.: Adolf Koch, Horststraße 19. — Uebst. Vorl.: Julius Wenger, Steinrader Weg 19 a, I. — Waren (Müritz). Vorl.: u. Kass.: W. Mahnte, Bismarckstraße 4.
2. G a u. Ströbel. Vorl.: Gustav Kroter. — Hohenau. Vorl.: Robert Bähold, Neuborf a. Gröbzigberg, Posthilfsstelle Bahnhof.
3. G a u. Neumark. Kass.: Max Schneider, Reichenbacher Str. 43. — Weihen. Kass.: Hermann Bülow, Großenhainer Str. 30.
4. G a u. Osterholz. Kass.: W. Lohmann in Obernkirchen (Grafschaft Schaumburg), Sandsteinbrüche Nr. 10. — Quentel. Kass.: H. Lehing.
6. G a u. Pfaffenhausen. Vorl.: Albert Schlotterbeck, Ohlenbach, Post Wädingen. Kass.: Karl Strobel, Zaberfeld, Post Lauffen am Neckar. — Neustadt a. Hdt. Vorl.: Karl Klein, Webergasse 7. — Dossenheim. Kass.: Karl Barth, Friedrichstr. 60. — Vandau (Pfalz). Kass.: Jean Rehbolz, Burahofstr. 1.
7. G a u. Raittenberg. Vorl. u. Kass.: Hans Haberl, Baumgarten, Post Pfarrkirchen (Niederbayern). — Painten (Oberpfalz). Kass.: Johann Weigert, Nr. 145. — Marktleschen. Vorl.: Jakob Schöber, Nr. 135.
8. G a u. Windsheim b. Neustadt (Mittelfranken). Vorl. u. Kass.: Georg Kreutlein. — Uebermannshofen. Kass.: Fritz Scharrer. — Treuchlingen. Kass.: Karl Laug in Dietfurt. — Nordheim. Vorl.: Albert Hochgesang.

Briefkasten.

Brsk. Die „scharfe“ Resolution habe ich dem Vorstand zur weiteren Veranlassung überwiesen. Versammlungsberichte werden nur in ganz außergewöhnlichen Fällen, für die Allgemeinheit wichtigen Fällen gebracht, sonst ist zur Zeit dafür kein Raum.

E. B. Die falsche Notiz im „Roten Echo“ ist der Redaktion bekannt; sie ist jedoch so abern, um irgendwie berichtigt zu werden. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer die Wahrheit will vergraben, muß dazu unzählige Schaufeln haben.“

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Wühlhausen i. Th.** am 13. September der Steinmetz **Wilhelm Brückner**, 26 Jahre alt, Herzleiden.

In **Bruchmühl** am 29. September der Hilfsarbeiter **Max Süß**, 39 Jahre alt, Leberleiden.

In **Osterholz** am 1. Oktober der Sandsteinmetz **Lorenz Schaefer**, 39 Jahre alt, Bauchfellentzündung.

In **München** am 2. Oktober der Steinmetz **Joseph Eberl**, 65 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Demitz-Thumitz** am 4. Oktober der Pflastersteinmacher **Karl Peter**, 48 Jahre alt, Unfall.

In **Ramens** am 4. Oktober der Pflastersteinmacher **Max Krenzel**, 44 Jahre alt, Sprengunfall; am 10. Oktober der Pflastersteinmacher **Heinrich Scholze**, 43 Jahre alt, Halsgeschwür.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.